

Platz abbeck

Nr. 1, 1. Februar 2011

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Überraschend Winter!

Winterdienst ist die Erhaltung der Verkehrssicherheit bei Behinderungen durch Schnee oder Eis. Er dient der Unfallvorsorge und Gewährleistung der sicheren Befahr- und Begehbarkeit.

Durch die Nutzung spezieller Wettervorhersagen ist ein differenzierter Winterdienst möglich, bei dem Straßenglätte präventiv bekämpft wird.

Die AWB aber saßen einer fehlerhaften Wettervorhersage auf. Als die neue Situation entstand, war man nicht in der Lage hierauf flexibel zu reagieren.

Nachdem die AWB, KVB und andere Stellen in der Presse stets alle Schuld von sich wiesen, wurde der Politik schließlich eine Verbesserung in Aussicht gestellt.

Nicht nur fehlende Arbeitskräfte, fehlende Maschinen und fehlendes Material waren ausschlaggebend für das flächendeckende Versagen, sondern auch die mangelnde Koordination verschiedener Stellen untereinander.

Eigentlich könnte sich DIE LINKE zurücklehnen und sagen: „Das kommt von Eurer Privatisierung der städtischen Leistungen“, doch damit ist niemandem geholfen.

Mitarbeiter, die früher fest bei der Stadt beschäftigt waren (zum Beispiel als Gärtner und Straßenbauer), werden heute bei Bedarf gebucht. Gerade in solchen Berufsgruppen aber liegt Potenzial, sie flexibel je nach Witterung einzusetzen.

Dass die Politik im Großen und Ganzen einfach einem Aufsichtsratsbeschluss der AWB folgt, obwohl sie vorher mit Anfragen, Anträgen, Änderungsanträgen und einer Sondersitzung des Hauptausschusses einen Riesenummel veranstaltet hat, zeigt, dass bei einem Kolloquium alle Beteiligten mitwirken müssen, denn der nächste Schnee kommt bestimmt!

HP Fischer

Soziale Grunddaten bei den Schlüsselzuweisungen NRW anpassen!

Erst kürzlich trafen sich die südlichen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, alle CDU-regiert, und erklärten, dass sie ihren Beitrag zum Länderfinanzausgleich nicht mehr tragen wollen. Die nördlichen Bundesländer würden das Geld nur für soziale Zwecke ausgeben und sich immer weiter verschulden. Diese Inszenierung findet nun seit vielen Jahren statt. Als in den sechziger und siebziger Jahren die Gelder von NRW nach Bayern flossen, war das nie ein Thema.

Nun beginnt diese Diskussion aber auch in Nordrhein-Westfalen, weil die Konservativen ihr Gift auch in NRW verspritzen. Und die Frage stellt sich: „Was ist soziale Gerechtigkeit denn tatsächlich?“ Derzeit gibt es einen Streit über die NRW-Schlüsselzuweisungen des Landes an die nordrhein-westfälischen Kommunen.

Mit der Gründung der Bundesrepublik, der Einführung des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung erhalten die

Kommunen vom Land Schlüsselzuweisungen. Das sind heute ca. 23 % der Verbundsteuer der Landes NRW. Das heißt die Kommunen sind abhängig vom Land und die Steuerkraft der Bundesländer ist eher bescheiden. Auf diesem Wege lassen sich soziale Probleme nicht lösen, vielleicht etwas abmildern. Trotzdem, wie im realen Leben, muss dieser Kuchen, der im letzten Jahr um ca. 250 Millionen Euro größer geworden ist, „gerecht“ verteilt werden.

Seit vielen Jahren wird von gewerkschaftlichen, sozialen und linken Kräften immer wieder kritisiert, dass die soziale Gewichtung bei der Verteilung der Mittel eine zu geringe Rolle spielen würde. Gerade für die großen Städte in NRW wären die sozialen Aufwendungen viel größer für die umliegenden Kreise und mittleren Städte.

Jetzt hat die rot-grüne Landesregierung erstmals die Datenbasis an die soziale Realität von Hartz IV etwas angepasst. Bislang wurden die Fallzahlen aus der Sozialhilfe



Auf ihrem Neujahrsempfang konnte die Ratsfraktion Gäste von sozialen und kulturellen Organisationen, den Gewerkschaften, aus Initiativen auf Bezirksebene, aus der Stadtverwaltung, aus Ratsfraktionen und aus der Partei DIE LINKE begrüßen. Gisela Stahlhofen betonte, dass der enge Kontakt zwischen der LINKEN Ratsfraktion und sozialen und kulturellen Initiativen und Organisationen für erfolgreiche politische Arbeit unabdingbar war und ist. Die Fraktion wird sich deshalb auch weiterhin für eine Zusammenarbeit engagieren. Mehr zum Thema auf Seite 8

statistik von 1999 zu Grunde gelegt. Nachdem Schwarz-Gelb die Aktualisierung 2008 auf die lange Bank geschoben hatte, wird nun mit drei Jahren Verzögerung die Datenbasis aktualisiert. An dieser Stelle folgt die Landesregierung den Forderungen des Städtetags NRW. Der Städtetag kritisiert gleichzeitig die Landesregierung, weil sie eine andere Stellschraube, nämlich den Hauptstaffelsatz, wiederum zu Ungunsten der Großstädte von 1,57 auf 1,54 abflacht hat: „Die Abflachung konterkariert die durch die Änderung des Soziallastensatzes ohnehin schon nur teilweise eintre-

tenden Entlastungseffekte bei den betroffenen Kommunen und führt bei Städten mit unterproportionalen Soziallasten dazu, dass diese doppelt verlieren.“

Nach den vorliegenden Berechnungen würde Köln 243 Mio. Euro bekommen, das sind 64 Mio. mehr als im vergangenen Jahr. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die Gewerbesteuererinnahmen im letzten Jahr um ca. 200 Mio. Euro geringer ausgefallen waren als im Jahr zuvor. Auch diese Werte gehen in die Berechnung der Schlüsselzuweisungen ein.

CDU, FDP und der Interessenverband

der ländlichen Kommunen, der Städte- und Gemeindebund, werden jetzt gegen die Reform bei der Gemeindefinanzierung mobilisieren und versuchen, den sozialen Finanzausgleich zu kippen.

Da gilt es, sich nicht irritieren zu lassen, denn nicht alle Kommunen können mehr bekommen, wenn die sozialen Faktoren stärker berücksichtigt werden. Die in Not geratenen Kommunen in NRW sollten die soziale Gerechtigkeit höher stellen als ihren jeweiligen Vor- oder Nachteil und gemeinsam für eine bundesweite Gemeindefinanzreform kämpfen!

Jörg Detjen

Das Einzelhandelskonzept und Ehrenfeld

Derzeit wird das Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EZK) den zu beteiligenden Ausschüssen und allen Bezirksvertretungen vorgestellt. Überall wird stets die Aufbereitung des umfangreichen Datenmaterials gelobt, so auch Mitte Januar in der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Lediglich ein Vertreter der CDU verdammt den Versuch, die Handelslandschaft einwohnerverträglich gestalten zu wollen, als Planwirtschaft.

Insgesamt wurde der Entwurf positiv aufgenommen und Zweifel geäußert, inwiefern die vorliegenden Daten noch Raum für ein Einkaufszentrum auf dem Helios-Gelände ließen. Dr. Höhmann (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) wollte sich hierzu nicht festlegen und verwies auf das anlaufende Bürgerbeteiligungsverfahren.

Auf Nachfrage wurde deutlich, dass die wertenden Aussagen für den Stadtbezirk Ehrenfeld in völlig neuem Licht zu betrachten sind, wenn die Daten des Sonderstandortes Ossendorf in die Faktorenbetrachtungen miteinbezogen werden. Bei einer Gesamtverkaufsfläche von 110.425 qm für Ehrenfeld ist der Zuwachs in Ossendorf von 40.000 qm erheblich (36,2 %) und führt zu einer völligen Umwertung aller Feststellungen im EZK-Entwurf. Dort wird nämlich der Sonderstandort Ossendorf nicht ausreichend berücksichtigt und in der Folge eine

Stadtbezirk	Ehrenfeld	Nippes	Kalk
Einwohner / Prognose	103.890 / +0,7	110.138 / +0,7	108.620 / -2,5
Kaufindex	104,8	104,5	104,7
Kaufkraft pro Kopf in €	5.550,00	5.538,00	5.547,00
Umsatz Mio. €	408,9	368,2	509,2
Verkaufsfläche gesamt und pro Kopf	110.425 / 1.087	93.375 / 864	103.835 / 971
Verkaufsfläche inklusive Ossendorf	150.425 / 1.448		

unterdurchschnittliche Versorgung für mittel- und langfristigen Bedarf suggeriert. Eine wichtige Messzahl um die Versorgung der Bürger mit Einzelhandels-Dienstleistungen darzustellen, ist die Verkaufsfläche je Einwohner. Unter Experten gelten 1000 qm als völlig ausreichend. Höhere Werte verschärfen Verdrängungsprozesse nachhaltig. Ehrenfeld liegt hier mit 1087 qm deutlich über diesem Wert.

Vergleichbare Bezirke wie Nippes mit 864 qm und Kalk mit 971 qm (unter Einschluss des Einkaufszentrums Köln-Arcaden) liegen deutlich darunter.

Rechnet man nun die 40.000 des Sonderstandortes Ossendorf hinzu, so entfallen auf jeden Einwohner Ehrenfelds 1.448 qm Verkaufsfläche. Damit liegt man bereits heute über dem anerkannten Verträglichkeitswert. Noch nicht berücksichtigt sind dabei die ca. 16.000 qm im Umfeld des Moschee-Neubaus.

Sogar der durch Porz und Lindenthal (Marsdorf) verzerrte Durchschnitt der Bezirke 2 bis 9 von 1.187 qm, würde in Ehrenfeld überschritten – um 261 qm! Wer hier noch ernsthaft das Helios-Gelände für die Ansiedlung zusätzlicher großflächiger Einzelhandelsbetriebe ausweisen will, wie das in der Handlungsempfehlung vorgeschlagen wird (S. 488), der handelt unseriös, ist bestenfalls arglos, was die Folgewirkungen eines Umsatzstaubsaugers für den Einzelhandel im Umfeld bis Lindenthal betrifft.

Wo so etwas hinführen kann, das wird bei der Entwicklung der zentralen Versorgungsbetriebe im Stadtbezirk Kalk (S. 798) deutlich: Das Bezirkszentrum gewann von 1990 bis 2008 über 25.000 qm Verkaufsfläche hinzu, während die dortigen Stadtteilzentren gleichzeitig 17.200 qm verloren.

Dieser Teil der Handlungsempfehlung für Ehrenfeld ist daher ausdrücklich abzulehnen!

Bernd Petri

Liste statt Solaratlas – wenigstens ein Anfang

Durch Photovoltaikanlagen wird solare Strahlungsenergie mit Hilfe von Solarmodulen in elektrischen Strom (Gleichstrom) umgewandelt. Auf Grund der Investitionskosten für solche Anlagen spielt der spezifische Ertrag der Solarstromanlagen eine entscheidende Rolle – und hierbei insbesondere die im Energieeinspeisungsgesetz (EEG) garantierten Vergütungssätzen über 20 Jahre ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme. Das EEG stellt damit zurzeit das entscheidende Instrument zur Sicherstellung des wirtschaftlichen Betriebs einer Solarstromanlage dar. Nach den aktuellen Vergütungssätzen ist der Betrieb von Solarstromanlagen gängiger Größe bei Amorti-

sationszeiten bis zu 15 Jahren wirtschaftlich möglich.

Doch die Vergütungssätze sinken immer weiter. Wie in vielen Klimaschutzbereichen hinkt die Stadt Köln auch im Bereich der Solarförderung hinterher. So lehnte sie einen von der LINKEN in die Diskussion gebrachten Solaratlas ebenso ab wie einen ähnlichen Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt. Jetzt legte sie dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft eine Liste geeigneter Dächer für die Errichtung von Photovoltaikanlagen vor.

Immerhin hatte der Rat bereits im vergangenen Jahr beschlossen, geeignete Dachflächen städtischer Gebäude privaten

Investoren für die Errichtung von Photovoltaikanlagen zur Verfügung zu stellen. Auf der städtischen Internetseite (<http://www.stadt-koeln.de/4/07242/>) ist diese Liste mit sage und schreibe 23 Dächern für Interessierte einsehbar. Eine kleine Möglichkeit zur Förderung der dezentralen Stromversorgung. Das wäre nicht nur für vermögende Privatpersonen interessant, sondern auch für kleine Stromgenossenschaften.

Andere Städte und Gemeinden sind schon viel weiter und bieten sogar Zuschüsse bei der Installation. Dabei kann nebenbei nämlich auch noch eine lokale Wirtschaftsförderung erzielt werden.

HP Fischer

Aus den Bezirksvertretungen

■ Kalk

Dr Verdötschte mäht Kölle verdötsch

Wir schreiben das Jahr 1970, der heutige Bezirksbürgermeister Innenstadt Andreas Hupke ist ein junger Mann und wird erst in drei Jahren nach Köln ziehen. An den Kalker Bezirksbürgermeister Markus Thiele denken noch nicht mal seine Eltern, denn



Karl Küpper: „Su huh litt dr Dreck em Keller.“ Foto: NS-Dok

er wird erst sechs Jahre später geboren. Trotzdem passiert etwas, was diese beiden Männer rund 40 Jahre später streiten lässt. Der Düsseldorfer Karl Küpper stirbt mit knapp 65 Jahren.

Dazu muss man natürlich wissen, dass Küpper über drei Jahrzehnte der beliebteste Kölner Büttendredner war. Zur Zeit des Naziregimes wirkte er zunächst noch bei Unterhaltungssendungen im NS-Radio mit, stellte dies aber später mit der Begründung „Die dünn do immer su komisch ‚Hallo‘ roofo“ – eine Anspielung auf den Hitlergruß – ein.

Überhaupt schlug Küpper aus der Art, denn während sich die Kölner Karnevalisten im Großen und Ganzen mit den Nazis arrangierten, suchte er seine Narrenfreiheit auszureizen. Dabei half ihm nicht zuletzt seine große Popularität. Dennoch erhielt er von 39 bis 44 Redeverbot, das er nicht unbedingt beachtete. Nach dem Krieg war „Dr Verdötschte“ zwar wieder da, wurde aber von der Großzahl der Karnevalisten gemieden, die ihm seine kritischen Töne auch gegen sie nicht verzeihen wollten. Tatsächlich litt Küpper bis zu seinem Ende darunter, dass man ihn quasi totschwieg. Und auch über seinen Tod hinaus. So war von ihm bis 2009 nichts im NS-Dok zu finden. Mit der Veröffentlichung des Buches „Unangepasst und widerborstig“ durch die Geschichtswerkstatt Kalk schließlich hat der Autor Fritz Bilz jedoch einen Stein ins Rollen gebracht. Die Verwaltung erarbeitete eine Vorlage für eine Straßenbenennung in

Kalk, die Bezirksvertretung Innenstadt beschloss die Benennung eines Parkplatzes nach Küpper und der Kalker Bezirksbürgermeister protestierte, dass der „Kalker Küppers Karl“ nach Kalk gehöre. Ergebnis: Es wird einen Karl-Küpper-Platz in der Innenstadt geben und eine Gedenkplakette an der Fassade der ehemaligen Kneipe Küppers. Schade, dass niemand das Talent dieses Jecks geerbt hat, denn er selbst hätte sich darüber sicherlich köstlich amüsiert.

„Eets kenne se dich nit un dann zänke se sich öm dich.“ HP Fischer

■ Lindenthal

Wer kontrolliert wen?

Die Bezirksvertreter im Stadtbezirk Lindenthal reiben sich verwundert die Augen: Im ersten Halbjahr 2010 haben sie viel Zeit aufwenden müssen, um in vielen Gesprächen und Sitzungen den Grünzug West zu sichern. Die Verwaltung hatte an mehreren Stellen versucht, den Grünzug anzuknabbern, indem sie Flächen für Bebauung in den Grünzug einplante. Ich habe euch von dieser Auseinandersetzung im letzten Jahr berichtet.

Wer nun geglaubt hat, die einmütige politische Willensbildung in der Bezirksvertretung habe den Grünzug endgültig gesichert, sieht sich getäuscht.

Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit versucht die Verwaltung erneut, den Grünzug mit einem Bebauungsplan zu verkleinern. Die Möglichkeit bot sich mit der 4. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes Köln NordWest. Wieder setzt die Verwaltung einen Bebauungsplan in den Grünzug. Die Bezirksvertretung Lindenthal lehnt dies in einem gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, Grünen, SPD, FDP und DIE LINKE am 6.12.10 einstimmig ab.

Am 27.01.11 sollte der Stadtentwicklungsausschuss einen abschließenden Beschluss treffen. Die Verwaltung zog die Vorlage zurück. Fortsetzung folgt.

Lothar Müller

■ Rodenkirchen

Neue Beleuchtung im Vorgebirgspark

In der Januarsitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen war u. a. auch die längst überfällige Beleuchtung im Vorgebirgspark ein Thema. In einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und mir als Einzelmandatsträger wurde der Ausschuss Umwelt und Grün gebeten, die Verwaltung zur Prüfung



21 sogenannte Baulücken gibt es in der Venloer Straße von der Inneren Kanalstraße bis Ecke Lessingstraße. Zu diesem Ergebnis kommt die Verwaltung, nachdem der Rat eine Überprüfung vorgeschlagen hatte. In der von der Verwaltung erarbeiteten Liste (Ds.5253/2010) fehlt allerdings noch die Ruine des ehemaligen Elektrokaufhauses Haus-Nr. 350 a+b, das die Stadt Köln erworben hat. Durch die Schließung der Baulücken könnte die Venloer Str. deutlich aufgewertet werden. Jörg Detjen

zu beauftragen, wie sich eine Abendbeleuchtung bis 21:00 Uhr für den Rad- und Fußweg im Vorgebirgspark einrichten lässt. Vorgegangen war eine Diskussion über einen mündlichen Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion, welcher aber mehrheitlich abgelehnt wurde.

Es soll weiter geprüft werden, ob sich eine „Anforderungsschaltung“ installieren lässt. So soll sich die Beleuchtung z. B. via Handy aktivieren lassen, wie es andere Städte bereits vormachen. Auch ein simpler Druckknopf wäre denkbar. Ich favorisiere eine Kombination aus beidem, da auch heute nicht jeder Bürger ein Handy besitzt oder aber ein Handyakku auch mal leer sein kann. Andererseits kann ein Druckknopf ebenfalls einmal aus den verschiedensten Gründen defekt sein.

Überdies sollen auch die finanziellen und ökologischen Auswirkungen geprüft werden. Der Park ist u. a. auch Rückzugsgebiet für viele Tiere. Hier darf man eine Störung dieser Tiere nicht bedenkenlos in Kauf nehmen.

Viele Bürger nutzen den Vorgebirgspark, weil dieser mit seinem Rad- und Fußweg eine wichtige Verbindung zwischen verschiedenen Ortsteilen im Stadtgebiet darstellt. So muss man mit dem Rad nicht die Vorgebirgsstraße nutzen, die für Radfahrer ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. Andererseits stellt die Nutzung des kombinierten Rad- und Fußweges ebenfalls ein Sicherheitsrisiko dar, da gerade in der Dämmerung Fußgänger für Radfahrer zu meist schlecht erkennbar sind. Insofern ist die Beleuchtung im Vorgebirgspark wichtig und damit notwendig.

Berthold Bronisz

Aus den Ausschüssen

■ Umwelt

ROTbuche vorerst gerettet

„UN-Jahr der Wälder: Wie ernst meinen es die Staaten?“ lautet der Untertitel eines Artikels auf heute.de. Weiter heißt es: „Die Wälder weltweit schützen – klingt gut. Auf der Klimakonferenz in Cancún Anfang Dezember hatten sich die Staaten darauf verständigt. Ob sie das Versprechen jedoch halten können, ist fraglich.“

Wenn man sich anschaut, wie in Köln mit Bäumen umgegangen wird, wird das Fragezeichen noch größer. So sollte zum



Eine Kinderzeichnung an der gefährdeten Rotbuche

Beispiel im Rochuspark eine Rotbuche gefällt werden, da sie laut Gutachten angeblich nicht mehr standsicher sei.

Nur Bürgerproteste und Interventionen der Bezirkspolitiker führten schließlich zu einem zweiten Gutachten, welches dem Baum einen ausreichenden Holzzuwachs bescheinigt, um standsicher zu sein.

Auf eine mündliche Anfrage im Ausschuss Umwelt und Grün zur Buche erhielt DIE LINKE eine sofortige Antwort. So gab die Verwaltung an, kurzfristig den Baum zu stabilisieren, die Wurzelscheibe aufzulockern und dauerhaft zu bepflanzen, die hässlichen Zäune baldmöglichst zu entfernen, sobald der Weg umgelegt sei und den Baum weiter im Auge zu behalten. Auf die Frage, ob der Baum auch im Falle des Absterbens erhalten bleiben könne, war zu vernehmen, dass man sich damit noch nicht beschäftigt habe. Bei einem Absterben des Baumes aber sei eine Fällung immer noch möglich. In drei Jahren soll ein weiteres Gutachten erstellt werden.

Uns ist jeder Baum wichtig, nicht nur jene für die Holzwirtschaft und wir werden ein waches Auge auf die ROTbuche haben.

Dieter Koberg

10 Jahre Überlebensstation Gulliver

Wie einst Gulliver in Jonathan Swifts Roman den brennenden Palast des Kaisers von Blefuscu durch öffentliches Urinieren rettete, so solle die „Überlebensstation Gulliver“ ein Stück Menschenwürde in Köln retten, erläutert Pfarrer Karl-Heinz Iffland die Gründung von Gulliver und die Namensgebung. In den Bögen des Kölner Hauptbahnhofes wurde das 10-jährige Bestehen der Überlebensstation gefeiert. Auch der nordrhein-westfälische Sozialminister Guntram Schneider lobte vor vielen Gästen aus der Kölner Stadtgesellschaft und Mitgliedern der Kommunalpolitik die Einrichtung als beispielhaftes Vorbild für aktive Obdachlosenhilfe. Bernd Mombauer, Chef der Obdachlosenhilfe Gulliver, sorgte mit ehrenamtlicher Unterstützung für ein gelungenes Jubiläum. Die Vernissage mit Werken von Carlos Manrique und einer Einführung durch Elvira Reith, Kuratorin, machte auch deutlich, dass durch Obdachlosigkeit das Bedürfnis nach Kreativität und Ästhetik nicht verloren geht.

Gisela Stahlhofen

■ Gebäudewirtschaft

Friedrich-Wilhelm-Gymnasium: Sanierung mit Open End

Die Sanierungsarbeiten am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium werden länger als geplant dauern. Es sind ein paar Überraschungen aufgetaucht. Auf dem Gelände gibt es zwei Verdachtspunkte für Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg, sowie einen Hohlraum unter einem Gebäudetrakt. Für das Gebäude existieren auch keine Unterlagen mehr über die Statik. Die Blindgängerverdachtspunkte ergeben sich aus Luftbilddauswertungen. Es stellt sich die Frage, ob etwa nicht schon für die Voruntersuchungen zur Trassenführung der Nord-Süd-U-Bahn Luftbilder ausgewertet wur-



Am 19. Januar jährte sich zum vierten Mal der Tag der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink. Für DIE LINKE nahm an der Gedenkveranstaltung die stellvertretende Sprecherin der des Kreisverbandes Köln und Ratsmitglied Sengül Senol teil.

den. Hätten dabei nicht die Verdachtspunkte schon früher gefunden werden müssen?

Außerdem soll angeblich nach Hohlräumen unter Gebäuden entlang der Trasse gesucht worden sein. Hätte der Hohlraum unter dem FWG nicht schon früher gefunden werden müssen? Sollten Vorerkundungsergebnisse der Trassenführung existiert haben, die auch das Gelände des FWG betrafen, standen diese zur Sanierungsplanung nicht zur Verfügung?

Hätte der Hohlraum eventuell zu einer Absenkung des Gebäudetraktes während des Baus der Nord-Süd-U-Bahn führen können? Fragen über Fragen!

Bernd Weber

■ Soziales und Senioren

Jobcenter statt ARGE

Das Jobcenter ist ein neuer Hut auf altem Kopf. Scheinbar wurde nur der Briefkopf geändert. Die „Kunden“ wurden mit den alten Vordrucken der ARGE angeschrieben. Dabei war es egal, ob die Angeschriebenen noch „Kunden“ sind oder nicht. Der sanktionsfreudige Hinweis zur Mitwirkung soll wohl weiterhin den erschreckenden Charakter des Forderns statt Förderns haben. Ein neues Computerprogramm sieht anders aus. Ein Abgleich der Daten und ein kundenfreundlicher Ton wäre schön gewesen. Die „altbewährten“ Integrationskurse laufen auch unbeirrt weiter. Zum Pro Veedel JobBörsen-Programm hält der Integrationsbericht aus dem Ausschuss fest: „Für 2009 wurde eine Vermittlungsquote von 17,6 % (2.060 Vermittlungen bei 11.679 Personen) erreicht. Im ersten Halbjahr 2010 betrug die Vermittlungsquote 14,8 %, für das gesamte Jahr 2010 wird mit einer Quote von circa 20 % gerechnet.“

Woher dieser Glaube rührt, ist durch die Zahlen des Vorjahres nicht nachvollziehbar. Die Vermittlungsquote sagt zudem nichts über die Qualität und Existenzsicherung der aufgenommenen Arbeit aus. Es bleibt also nur die Hoffnung, dass auch die „Kunden“ der Jobcenter ein Stück vom Kuchen des Aufschwungs, in Form von existenzsichernder und guter Arbeit abbekommen.

Gisela Stahlhofen

Einschulungsbeihilfe 2010 bis zum 28.2.2011 beantragen!

Köln-Pass-Inhaber können 100 Euro Einschulungsbeihilfe für 2010 noch bis Ende Februar 2011 beantragen.

- Ein Antrag auf Einschulungsbeihilfe kann auf der Homepage der Ratsfraktion heruntergeladen werden: http://www.linksfraktion-koeln.de/fileadmin/kunden-daten/www.linksfraktion-koeln.de/pdf/Formulare_Erstausrüstung_2010/Antrag-Einschulungshilfe_L.pdf.

- Die Schule sollte bestätigen, dass das Kind in 2010 eingeschult wurde.

- Es müssen Quittungen (oder deren Kopien) beigelegt werden.

Das können zum Beispiel sein: Ranzen, Turn- und Sportbeutel, Sporthose, T-Shirt, Sportschuhe, Mäppchen, Bleistifte, Buntstifte, Radiergummi, Spitzer, Folienstift, Wachsmalstift, Schere, Klebestift, Kleber, Knete, Deckfarbenkasten, Pinsel, Zeichenblock, Schnellhefter, verschiedene Hefte, Briefblock,...

Der Antrag muss bis zum 28.02.2011 an folgende Adresse gehen:

Amt für Soziales und Senioren, Ottmar-Pohl-Platz 1, 51103 Köln

Es gibt auch ein **Service-Telefon** der Stadt zur Einschulungsbeihilfe unter: **0221/221-30402**

■ Stadtentwicklung

Kein neues Hochhaus am Waidmarkt – LINKE Position setzt sich durch!

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 27.1. einstimmig die Änderung des Bebauungsplans am Waidmarkt beschlossen. Die Verwaltung ist nun gehalten einen Bebauungsplan zu erarbeiten, der die Möglichkeit zur Sanierung des alten Gebäudes einräumt, einen Neubau aber verhindern muss. Ein neues Gebäude an der alten Stelle soll maximal sieben Stockwerke haben.

Spannend bleibt die Frage, wie das Höhenkonzept zum Schutz der romanischen Kirche St. Georg gestaltet wird. Die Traufhöhe des Hauptschiffes von St. Georg beträgt 12,80 Meter. Bei strenger Auslegung des Höhenkonzeptes darf das neue Gebäude am Waidmarkt diese 12,80 Meter nicht

übertreten. Vor der Beschlussfassung gab es eine teilweise emotional geführte Debatte im Stadtentwicklungsausschuss.

DIE LINKE hatte ihre Argumentation zusammen mit einem Dozenten für Baurecht ausgearbeitet: Dass ein Bebauungsplan nicht der tatsächlichen aktuellen Situation vor Ort entspricht, ist keine ungewöhnliche Sache. Oft wird ja ein Bebauungsplan gemacht, um eine langfristige Veränderung auf ei-



© Raimond Spekking / Wikimedia Commons / CC-BY-SA-3.0 & GFDL

ne bestimmten Gebiet zu bewirken. Es war ein Fehler, das 14-stöckige Hochhaus am Waidmarkt im Bebauungsplan zu belassen. Zum Zeitpunkt des maßgeblichen Beschlusses des Bebauungsplanes war das Höhenkonzept bereits beschlossen. Das hätte im Bebauungsplan berücksichtigt werden müssen. Die künftigen Höhen hätten sich am Hauptschiff von St. Georg orientieren müssen.

Um die gemachten Fehler zu korrigieren, sollte nun ein ergänzendes Verfahren angewandt werden. § 214 Abs. 4 des Baugesetzbuches sieht diese Möglichkeit vor. Demnach können Fehler auch rückwirkend behoben werden. Dass am Waidmarkt Fehler gemacht worden sind, ist offensichtlich. Das Verfahren der rückwirkenden Behebung von Fehlern im Bebauungsplan wird derzeit im Bebauungsplan für das Gebiet um St. Gereon praktiziert.

Ziel ist es dabei, die Erfolgsaussichten bei den anstehenden Gerichtsverfahren zu verbessern. Wenn dies bei St. Gereon möglich ist, ist es auch am Waidmarkt möglich. Bei St. Gereon würde die erfolgreiche Heilung des Bebauungsplans dem Interesse des Investors entsprechen. Die erfolgreiche Heilung des Bebauungsplans am Waidmarkt würde dem politischen Willen des Rates und den Bedürfnissen der Kölner Bevölkerung entsprechen.

Wenn der Bebauungsplan fehlerhaft war, kann der Investor auch keine Ansprüche aus diesem fehlerhaften Bebauungsplan ableiten. Dies sollte eine gute Ausgangsposition für Verhandlungen mit dem Investor sein. Mit dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschuss hat die Verwaltung den Auftrag der Änderung bzw. Heilung des Bebauungsplanes erhalten.

Michael Weisenstein

„Kreuz und quer geht nicht mehr“ – gegen Atomtransporte von Jülich nach Ahaus

Am Sonntag, dem 30. Januar, demonstrierten vor der Kernforschungsanlage Jülich rund 600 Menschen gegen Atomtransporte. Das Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ wendet sich gegen die Verschiebung strahlenden Materials von einem Zwischenlager – Jülich – ins nächste Zwischenlager nach Ahaus. Die Behälter aus Jülich können nur mit speziellen LKW transportiert werden, es müsste bis zu 150 Fuhren strahlenden Materials von Jülich nach Ahaus geben, alle polizeilich schwer bewacht.

Das ist nicht die sicherste, sondern für die Betreiber die billigste Variante. Ein Ausbau der Lagerkapazitäten in Jülich wäre für sie teurer. Siegfried Faust, Ratsmitglied für DIE LINKE. in Jülich verweist hingegen auf die Steuergelder, die für den Polizei-

schutz ausgegeben würden und auf die Sicherheitsrisiken bei jedem Atomtransport.

Auch die NRW-Landesregierung hat sich inzwischen gegen die Transporte von Jülich nach Ahaus ausgesprochen und fordert, dass die Brennelemente in Jülich bleiben, bis ein Endlager zur Verfügung steht.

SPD und Grüne im Rat der Stadt Köln

weigerten sich noch im vergangenen Dezember, Stellung gegen die Transporte zu beziehen. Einen entsprechenden Antrag der linken Ratsfraktion lehnten sie ab und zauberten stattdessen eine wahrhaft albernen Ersetzungsantrag aus der Tasche, der sich auf die vergangenen Castor-Transporte von La Hague ins Wendland bezog, im Allgemeinen Gewalt verurteilte und sich wortreich bei den Polizeibeamten bedankte, aber nicht das Geringste mit dem Problem der Transporte von Jülich nach Ahaus zu tun hatte. Die Grünen hielten es nicht einmal für nötig, zum Thema zu sprechen.

Ob SPD und Grüne im Kölner Rat nicht verstanden hatten, worum es ging oder ob sie es nicht über sich brachten, einem Antrag der LINKEN zuzustimmen, ist nicht überliefert. Claus Ludwig



„Sie starben für ihre Überzeugung“

Eine Gedenkplatte vor dem Ratsaal erinnert an Kölner Stadtverordnete, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur wurden:

Heinrich Arenz wurde am 3. September 1901 in Köln geboren. Er war verheiratet und hatte einen Sohn. Als Abgeordneter der KPD gehörte er der Stadtverordnetenversammlung an. Von Beruf war er Straßenbahnfahrer. 1933 wurde er entlassen und floh nach Brüssel. Dort war er politischer Leiter der Auslandsleitung der illegalen KPD. 1943 wurde er wegen illegaler Betätigung verhaftet und nahm sich am 4. September 1943 im Bonner Gefängnis das Leben.

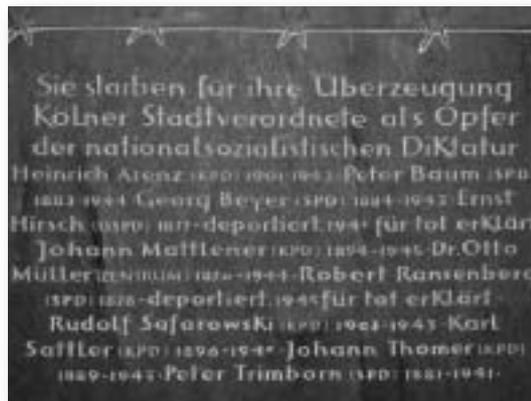
Peter Baum wurde am 21. September 1908 in Köln geboren. Er war verheiratet und hatte eine Tochter. Unmittelbar nach der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. März 1933 wurde der SPD-Stadtverordnete zum ersten Mal von der Gestapo verhaftet und für mehrere Wochen inhaftiert, am 22. August 1944 erneut im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler und im Deutzer Messelager inhaftiert. Seit September 1944 war er im KZ Sachsenhausen interniert, wo er am 12. Dezember 1944 mit einem Gewehrkolben erschlagen wurde.

Georg Beyer wurde am 2. Oktober 1884 in Breslau geboren. Er war verheiratet und hatte eine Tochter, die 1935 nach Frankreich emigrierte. Von Beruf war der SPD-Abgeordnete Journalist und arbeitete seit 1912 als Kulturredakteur der „Rheinischen Zeitung“. Im März 1933 wurde seine Wohnung in seiner Abwesenheit von der Gestapo durchsucht und verwüstet. Georg Beyer konnte ins Saargebiet fliehen. Später lebte er im Elsass. Nach vorübergehender Internierung wurde er ab November 1942 in einem Kloster in Toulouse versteckt. Am 27. Oktober starb er in Toulouse.

Ernst Hirsch wurde am 5. August 1877 in Wiesbaden geboren. Von Beruf war er Kaufmann. Er war Abgeordneter und Schriftführer der Unabhängigen Sozialdemokraten USPD. Sein Name findet sich auf der Transportliste vom 29. Oktober 1941 nach Lodz. Dort verliert sich seine Spur. Am 8. Mai 1945 wurde er für tot erklärt.

Johann Mattlener wurde am 12. April 1894 in Köln geboren. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder, eine Tochter und einen Sohn. Am Ersten Weltkrieg hatte er als Kriegsfreiwilliger teilgenommen und eine Kriegsauszeichnung erhalten. Von 1922 bis 1933 war er Lehrer an der Freien Schule Kalk. Der Stadtverordnetenversammlung gehörte er von 1919 bis 1933 als KPD-Abgeordneter an. Schon 1932 hatte er Hausdurchsuchungen durch die Gestapo wegen seiner Aktivitäten bei der Kölner Agitproptruppe „Blaue Blusen“. Dabei waren Re-

quisiten und Kostüme beschlagnahmt worden. Im März 1933 wurde er von der Gestapo verhaftet und aus dem Schuldienst entlassen. Seine Tochter durfte nicht weiter das Gymnasium besuchen. Johann Mattlener verließ Köln und ging mit der ganzen Familie nach Dresden, um dort zu arbeiten, wurde dort 1939 von der Gestapo entdeckt und ins Rheinland abgeschoben. 1941 deportierte man ihn ins KZ Sachsenhausen. Am 10. April 1945 starb er im KZ Oranienburg bei einem Bombenangriff.



Dr. Otto Müller wurde am 9. Dezember 1870 in Eckenhagen geboren. Er war Priester und als Prälat Vorsitzender der Katholischen Arbeitervereine Deutschlands. Von 1929 bis 1933 gehörte er als Abgeordneter des Zentrums der Stadtverordnetenversammlung an. Am 23. Mai 1933 legte er sein Mandat nieder. Wegen Beteiligung an der Planung des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und in verschiedenen Gefängnissen gefoltert. Nach seiner Verlegung von der Strafanstalt Berlin-Tegel in das „Staatskrankenhaus der Polizei“ starb er dort am 12. Oktober 1944.

Robert Ransenberg wurde am 29. Mai 1876 in Calle im Kreis Meschede geboren. Er war verheiratet und hatte einen Sohn und eine Tochter. Von Beruf war er Buchdrucker und Schriftsetzer. Er war von 1919 bis 1933 Stadtverordneter der SPD, außerdem gehörte er dem Kartell der freien Gewerkschaften Kölns an und war dort Mitglied im Vorstand der Buchdrucker. Robert Ransenberg, sein Sohn Ernst, seine Tochter Martha und deren Mann Ewald wurden am 8. Dezember 1941 nach Treblinka verschleppt und dort ermordet. Robert Ransenbergs Frau Martha wurde im KZ Struthoff umgebracht. Ein genauer Todeszeitpunkt ist bei allen nicht bekannt.

Rudolf Safarowsky wurde am 15. Oktober 1903 in Leipzig geboren. Er war verheiratet und hatte ein Kind. Er arbeitete als Friseur, später als Straßenbahnfahrer bei der Stadt. Der Stadtverordnetenversammlung gehörte er von 1931 bis 1933 als Ab-

geordneter der KPD an. 1932 leitete er einen Streik gegen Lohnabbau und wurde von der Stadt entlassen. Nach 1933 wurde er wiederholt verhaftet, 1934 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einem Jahr und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Strafe saß er im Zuchthaus Siegburg ab. Unmittelbar nach deren Verbüßung wurde er bis 1941 in die Konzentrationslager Esterwegen und Sachsenhausen verschleppt. Wieder nach Köln zurückgekehrt, nahm er Verbindung zu Widerstandskreisen auf und wurde in diesem Zusammenhang am 17. März 1943 von der Gestapo erschossen. Seine Frau Rosa wurde im Konzentrationslager ermordet.

Karl Sattler wurde am 28. Januar 1896 in Mainz geboren. Er arbeitete als Maschinenschlosser in Köln und war 1932 verantwortlicher Schriftleiter der kommunistischen Tageszeitung „Sozialistische Republik“. Von 1929 bis 1933 gehörte er der KPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung an. Er war auch Mitglied des Reichstags. Nach 1933 wurde Karl Sattler mehrfach in Haft genommen, 1937 vom Oberlandesgericht Hamm wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren und sechs Monaten Zuchthaus sowie drei Jahren Ehrverlust verurteilt. 1941 wurde er aus dem Zuchthaus Siegburg entlassen und weiter polizeilich überwacht. Nach seiner erneuten Verhaftung 1944 wurde er ins KZ Bergen Belsen verschleppt und dort ermordet. Da die Todesumstände unbekannt waren, setzte das Amtsgericht Aachen 1950 das Todesdatum auf den 8. Mai 1945 fest.

Johann Thomer wurde am 2. Februar 1889 in Oberhausen geboren. Er war verheiratet und war bis 1933 Pförtner bei der Tageszeitung „Sozialistische Republik“. Ab 1935 war er erwerbslos. Von 1924 bis 1929 gehörte er als Stadtverordneter der KPD der Kölner Stadtverordnetenversammlung an. Während der NS-Zeit wurde er mehrfach verhaftet. Nach einer erneuten Verhaftung am 2. Oktober 1944 kam Johann Thomer zunächst in das Gestapo-Gefängnis Brauweiler. Im Januar 1945 wurde er in das KZ Buchenwald deportiert und dort am 20. Februar 1945 ermordet.

Peter Trimborn wurde am 11. April 1881 in Euskirchen geboren. Er erlernte den Beruf des Tuchmachers, arbeitete aber von 1914 bis 1928 als Redakteur für den Kommunalteil der „Rheinischen Zeitung“. Von 1928 bis 1933 war er Landrat des Kreises Solingen-Land. Als Kölner Stadtverordneter gehörte er der SPD-Fraktion an und war zeitweise deren Fraktionsvorsitzender. Er starb am 20. Januar 1941 bei einer Hausdurchsuchung durch die Gestapo.

Interview mit den Schriftsteller Dogan Akhanli:

Jetzt werde ich überall für die Menschenrechte eintreten

Zur Person: Dogan Akhanli emigrierte 1991 nach Deutschland. Zwischen 1985-1987 war er als politischer Häftling im Gefängnis in Istanbul. Er schrieb bisher sieben Romane. Das Interview führte Sengül Senol.

Sengül Senol: Wir freuen uns, dass Du wieder in Deutschland bist. Du bist am 9. August in die Türkei geflogen, um Deinen kranken Vater zu besuchen. Hast Du geahnt, dass Du am Flughafen festgenommen wirst?

Dogan Akhanli (DA): Ja, aber ich hoffte, dass ich kurzfristig wieder freigelassen werde. Von meinem Anwalt erfuhr ich, dass ich gesucht werde. Aber ich hatte nichts verbro-

Laune. Zum Beispiel in meinem Fall: Sie hatten keine Beweise gegen mich, aber sie haben mich trotzdem festgehalten. Der Staatsanwalt strebte an, meine Beziehungen zu meinem Land zu brechen. Deshalb wollten sie mich lebenslang in Haft stecken. Fehl geschlagen. Dass ich frei kam, ist der großen Solidarität aus Deutschland zu verdanken. Ich werde jetzt für die Menschenrechte überall in der Welt eintreten, nicht nur in Deutschland und das werde ich gerne tun.

Im Gefängnis hast Du vom Tod Deines Vaters erfahren. Du erlebtest einen Bruch mit deinem Geburtsland. Du sagst in einem Interview: Der Besuch in meinem Dorf hat mich wieder geheilt. Wie wurdest Du in Deinem Dorf aufgenommen?

DA: Als mich die Nachricht über den Tod meines Vaters in der Zelle erreichte, dachte ich, ich habe nichts mehr mit dem Land zu tun. Aber der Besuch in meinem Dorf änderte das. Die Menschen haben mir das Gefühl gegeben, dass ich einer von ihnen bin.



Dogan Akhanli in seinem Heimatdorf mit Verwandten.

chen. Davon war ich überzeugt. Es kam dann auch so. Ich wurde am 9. August am Flughafen in Istanbul festgenommen. Schon nach drei Tagen war klar, dass ich nicht das Geringste mit den Vorwürfen zu tun habe. Trotzdem hat mich der Staatsanwalt ins Gefängnis gesperrt.

Du wurdest nach so vielen Jahren wieder in eine Zelle im Metris Gefängnis eingesperrt. Was war neu im Gefängnis?

DA: In den Gefängnissen gibt es jetzt neue Einzelzellen. Die ersten zehn Tage verbrachte ich in Metris. Dann wurde ich ins Gefängnis nach Tekirdag verlegt. Ich war in Einzelzellen eingesperrt. Nur in den Pausen draußen im Hof konnte ich ein oder zwei Häftlinge sehen.

Was in den Gefängnissen neu ist, dass viele kurdische jugendliche Häftlinge einsitzen, vor allem Jugendliche um 19 Jahren aus Istanbul. Sie hatten entweder Flugblätter verteilt oder für ihre ethnischen Rechte demonstriert.

Was sagst Du über die Vorgehensweise der türkischen Justiz?

DA: Das Gericht handelt nach Lust und

Dass die Türkei nicht nur aus hochnäsigen Staatsanwälten und Richtern besteht. Als ich das erlebte, wurde mein Zorn immer weniger. Die Leute aus meinem Dorf, Verwandte, Freunde haben mich in ihrem Herz eingeschlossen. Da leben vier Geschwister, viele Verwandte und Freunde.

Viele Freunde hast Du auch im Gerichtssaal gesehen, stimmt das?

DA: Ja, viele Freunde aus meiner Kindheit und viele Freunde aus Deutschland waren in den Gerichtsverhandlungen anwesend. Also: Freunde aus der Vergangenheit und der Gegenwart trafen sich im Gerichtssaal. Das war seltsam, aber gut. Einmal die Leute, die ich gut kenne, auf der anderen Seite, die Leute, die ich vor Jahren verlassen habe. Viele konnte ich nicht erkennen. Das war schwer für mich. Mit gemischten Gefühlen erlebte ich diese Tage.

Du hast von Deiner Freilassung erst nach der Rückkehr ins Gefängnis erfahren, also zwei Stunden nach der letzten Verhandlung im Gericht?

DA: Ja, das war unheimlich. Wieder mal die lässige Vorgehensweise. In der Ge-

richtsverhandlung wurde meine Freilassung angeordnet. Mich hat man in das Gefängnis zurück gefahren. Zwei Stunden später sagte man mir: „Du kannst gehen“. Es wird den Häftlingen nicht direkt gesagt, dass sie frei sind. Viele Leute in der Türkei haben mir gesagt, dass sei in dem Land mittlerweile normal. Man erlebt viele skandalöse Justiz-Fälle. Zurzeit sind die Gerichtsverhandlungen von vielen kurdischen Politikerinnen und Politikern. Trotz internationaler Solidarität werden sie weitergeführt und sie werden nicht freigelassen. Ich kam nur frei, weil ich die deutsche Staatsangehörigkeit hatte.

Als Du nach Deutschland ausreisen wolltest, gab es Probleme am Flughafen, warum?

DA: Da ich deutscher Staatsangehöriger bin, kann ich mich ohne Visa nur drei Monate in der Türkei aufhalten. Diese Zeit war überschritten. Deshalb wurde ich dann sogar ausgewiesen. Ich wurde von der Polizei schlecht behandelt. Sie haben mich unter anderem angeschrien. Ich habe dann die Polizei auch angeschrien. Das konnte ich machen, weil ich die deutsche Staatsangehörigkeit hatte. Die Türkei geht seit etwa hundert Jahren nicht gut mit ihren Bürgern um. Die Bürgerinnen und Bürger werden Opfer der schlechten Behandlung durch die Polizei oder der Sicherheitskräfte. Die Bürger haben große Angst vor dem Staat, das ist ein Phänomen.

Am 9. März 2011 hast Du die nächste Gerichtsverhandlung in der Türkei. Das Urteil soll gesprochen werden. Was für eine Entscheidung erwartest Du?

DA: Die Anklage kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Das Gericht schiebt die Entscheidung bewusst auf einen späteren Zeitpunkt. Ich erwarte einen Freispruch.

Im Rahmen der vierjährigen Gedenkveranstaltung für Hrant Dink am 16. Januar 2011 in der „Alten Feuerwache“ wurdest Du auf der Bühne von dem Publikum mit anhaltendem Beifall bedacht. Was sagst Du dazu?

DA: Ich bin allen sehr dankbar, die sich mit mir während meiner Haft solidarisiert haben. Vielen Dank nochmal auf diesen Weg. Sie haben mich, die Antilope, aus den Klauen des Löwen befreit. Das geht mir bis heute unter die Haut. Das ist ein sehr wichtiger Moment in meinem Leben. Auch für meine Familie und für unsere Kinder war dies eine sehr schwierige Zeit.

Die Erlebnisse, die ich früher erlebt habe und jetzt noch einmal, waren für uns alle sehr schwer. Nun bin ich frei und dieses Trauma lassen wir gemeinsam langsam hinter uns.

Platzj abbeck

Bitte **kosten** los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Der drohende Sparhaushalt der Stadt Köln und der Kampf dagegen bestimmte das vergangene Jahr für viele soziale und kulturelle Initiativen ebenso wie für die Fraktion DIE LINKE im Kölner Stadtrat. Das war ein Fazit, das Fraktionssprecherin Gisela Stahlhofen in ihrer Begrüßungsrede zog. Bereits zu Beginn der Haushaltberatungen hatte DIE LINKE deshalb Kontakt zu vielen Akteuren gesucht und diese im Protest und in der Argumentation unterstützt – nicht zuletzt durch einen eigenen Haushaltsvorschlag der LINKEN.

Viele dieser Bündnispartner nutzten den Neujahrsempfang der Fraktion zu einem Wiedersehen und einer Rückmeldung bei Getränken und Buffet. Auch wenn die Kürzungen nicht komplett zurückgenommen worden sind, hat der beharrliche Kampf doch immerhin dazu geführt, dass die Infrastruktur weitgehend erhalten blieb. Vor 120 Gästen von sozialen und kulturellen Organisationen, den Gewerkschaften, aus Initiativen auf Bezirksebene, aus der Stadtverwaltung, aus Ratsfraktionen und aus der Partei DIE LINKE erinnerte die Fraktionssprecherin an die Erfolge, die aus der Opposition im Rat möglich waren: Einige der schlimmsten Kürzungen in den Bereichen Soziales und Kultur konnten verhindert werden, der KölnPass wurde gerettet, die Einschulungsbeihilfe blieb – wenn

Kölner Linksfraktion dankt auf Neujahrsempfang Unterstützern

auch reduziert – erhalten und der Runde Tisch Buchforst wurde bewahrt.

Die weitere Rücknahme von Kürzungen, gerade im Jugendbereich, wird auch im neuen Jahr erklärtes Ziel der Fraktion bleiben. Für das kommende Jahr stehen außerdem der Einsatz für weitere Gesamtschulen in Köln und auch die Verhinderung des Hubschrauberlandeplatzes auf dem Kalkberg auf der Agenda.

Die Stadtratsfraktion konnte ebenfalls alle drei Kölner Landtagsabgeordneten der LINKEN, Dr. Caroline Butterwegge, Hamide Akbayir und die ehemalige Kölner Ratsfrau Özlem Demirel begrüßen.

Für Heiterkeit sorgte eine Lesung der Autorin und Journalistin Ulla Lessmann aus ihrem Buch mit Kriminalgeschichten „Das Lachsmesser im Marzipanschwein“.

Andrea Kostolnik, Wilfried Kossen



21.2.2011, 19.30 Uhr
Gemeinsame Veranstaltung des
AK StEA und des AK Wirtschaft
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Das Einzelhandels- und Zentren-
konzept der Stadt Köln
Ein Vertreter der Stadtverwaltung
wird teilnehmen und das
Konzept erläutern.
Schwerpunkte werden das He-
liosgelände und die mangelhafte
Nahversorgung im Stadtteil
Bilderstöckchen sein.

Termine ... Termine ... Termine

Do, 03.02. 18:00 Uhr
AK Hartz IV/Soziales
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 07.02., 17:00 Uhr
AK Umwelt
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 07.02., 19:00 Uhr
AK Gesundheit und Behindertenpolitik
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 10.02., 17:30 Uhr
AK Jugend und Schule

Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 21.02., 18:00 Uhr
AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 24.02., 20:00 Uhr
AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 24.02., 18:00 Uhr
AK Kunst und Kultur
Fraktionskeller, Haus Neuerburg